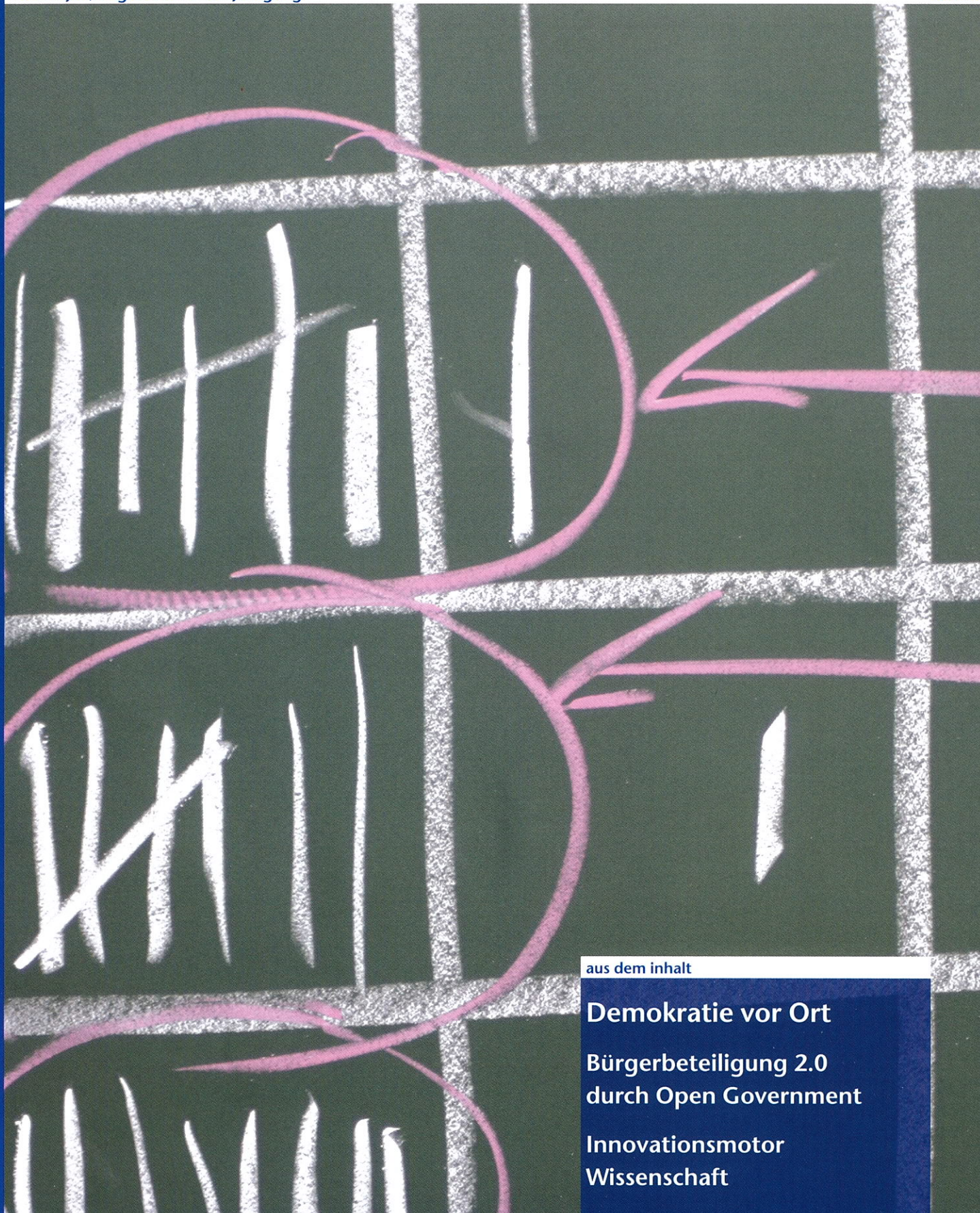


das rathaus

ZEITSCHRIFT FÜR KOMMUNALPOLITIK

Heft 4 · Juli/August 2012 · 65. Jahrgang

K5776



aus dem inhalt

Demokratie vor Ort

**Bürgerbeteiligung 2.0
durch Open Government**

**Innovationsmotor
Wissenschaft**

Klaus Ermecke:

Energie- und Klimapolitik sind Gefahren für den Standort

Der Publizist und Berater Klaus Ermecke ist als Kritiker der Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung bekannt. Er leitet den Forschungsdienst „KE Research“, der sich mit Energie-, Umwelt- und Bildungspolitik sowie mit Fragen zum Wissensstandort und zum Planungsrecht beschäftigt. Im Mai dieses Jahres hat Klaus Ermecke die Redaktion unserer Zeitschrift besucht und uns das folgende Interview gegeben.

das rathaus: Herr Ermecke, mit Ihrem Unternehmen befassen Sie sich mit „Nachdenken für den Standort Deutschland“. Wie bewerten Sie die derzeitige Energiepolitik der Bundesregierung?

Ermecke: Nun – dazu werfen wir am besten zuerst einen Blick auf das Ergebnis! Was ist bei der deutschen Energiepolitik herausgekommen? „Strom“ kostet bei uns derzeit für den Privathaushalt um die 25 Cent pro Kilowattstunde, und die Preise galoppieren in Richtung 30 Cent. In Dallas, Texas, gibt es die gleiche Menge Energie für umgerechnet sieben Cent inklusive Steuer. Elektrische Energie ist bei uns viel zu teuer – viermal so teuer wie in Texas – und die Preise steigen noch weiter! Außerdem reden wir jetzt zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten über mögliche Netzzusammenbrüche. In Deutschland! Über drohende Netzzusammenbrüche redet man sonst nur in Entwicklungsländern.

Der Blick nach Texas liefert uns zwei entscheidende Erkenntnisse. Erstens: Es ist in einem entwickelten Industrieland durchaus möglich, Strom sehr billig zu produzieren und zu verteilen – und billige Energie ermöglicht Wohlstand. Zweitens: Geht man nach dem Ergebnis, dann ist unsere Energiepolitik grandios gescheitert und führt in der Zukunft in ein Desaster.

Die entscheidenden Ziele der Energiepolitik sind doch Versorgungssicherheit und niedrige Preise? So sollte es sein! Ginge alles mit rechten Dingen zu, würden die Bürger billige Energie einfordern: zuerst bei ihrem Versorger und am Wahltag dann von ihren Politikern. Und Versorgungssicherheit wäre selbstverständlich. Politiker und Parteien würden darum wetteifern, den Versorgungsunternehmen bessere Rahmenbedingungen einzuräumen, damit die ihre Energie billiger

produzieren und in der Folge ihren Kunden billiger anbieten könnten.

Sie sprechen im Konjunktiv. Es geht also nicht mit rechten Dingen zu?

Richtig. Das Kernproblem Deutschlands besteht seit einiger Zeit darin, dass die Politiker die eigentlichen Probleme des Landes verdrängen. Stattdessen „entdeckt“ die Politik immer neue Gefahren, um sich dann als „Retter“ zu inszenieren: Rettung des Waldes und des „Weltklimas“, Rettung des Euro, Rettung der Banken. Zwischendurch Rettung der Bevölkerung vor EHEC, vor dem Ozonloch und – zur Abwechslung – vor den Banken. Und – als krönender Höhepunkt – die Rettung des Landes vor den eigenen Energieversorgern. Deshalb führen wir jetzt einen Kampf gegen die eigene Industrie und zerstören deren Produktionsbasis. Und das wird euphemistisch „Energie-wende“ genannt!

Sie meinen die beschlossene Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke. Aber hat nicht die Katastrophe in Fukushima – wie die Kanzlerin meint – ein Umdenken notwendig gemacht?

Umdenken muss man, wenn man zuvor falsch gedacht hat. Haben wir das? Zur Erinnerung: In Nordjapan hat sich im März 2011 in der Tat eine ungeheure Tragödie abgespielt. Durch Beben und Flut wurden 810.000 Gebäude zerstört oder nennenswert beschädigt. Etwa 20.000 Menschen starben. Das war eine gewaltige Naturkatastrophe...

Was geschah nach Ihren Erkenntnissen mit den Kraftwerken in Fukushima?

Zu den beschädigten Anlagen gehörten auch vier Kernkraftwerke mit insgesamt 14 Reaktorblöcken. In einem dieser Kraftwerke havarierten drei von sechs Reaktoren und

zerstörten einen weiteren, insgesamt also vier.

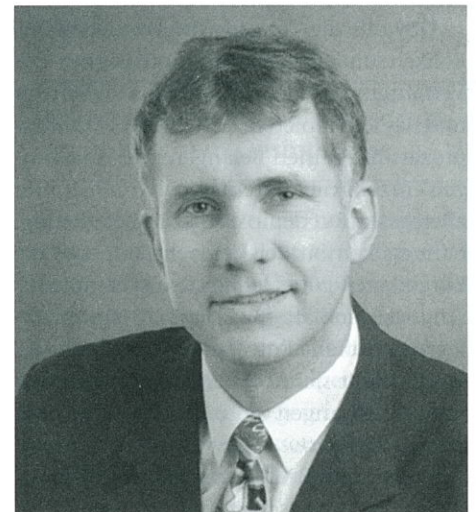
Sie haben über das Unglück in Fukushima und über dessen Konsequenzen für deutsche Kernkraftwerke eine Studie veröffentlicht.

Ja, die Sache ist für den technisch Interessierten spannend wie ein Krimi! In dem Kraftwerk Fukushima I fehlten gleich mehrere elementare Sicherheitseinrichtungen, die in jedem deutschen oder schweizerischen Kernkraftwerk selbstverständlicher Standard sind.

In deutschen Zeitungen war zu lesen, dass es zu wenige Diesel-Notstromgeneratoren gab, und dass wegen des fehlenden Stroms die Kühlsysteme ausfielen. Waren das die Ursachen?

Beide Aussagen sind richtig, aber sie treffen nicht den Kern. Denn ein vernünftiges Kernkraftwerk muss so gebaut und organisiert sein, dass es auch im Falle eines hypothetischen totalen Stromausfalls noch gesichert werden kann. Bei jedem deutschen Kernkraftwerk geht das, bei jedem schweizerischen auch. Bei den Japanern ging es nicht.

Hätten nach Ihrer Meinung die japanischen Reaktoren die Naturkatastrophe überstanden, wenn sie unsere Technik gehabt hätten?



Klaus Ermecke

Ja, so ist es. Es ist sehr simpel: Ein Reaktor braucht ständig Wasser, um gekühlt zu werden und die Restwärme abzuführen. Dazu gibt es im Reaktor elektrische Pumpen. Fallen die aus, kann man außen am Reaktor motorgetriebene Pumpen anschließen und Wasser hineinpumpen. Das können auch Pumpen der Feuerwehr sein, des Militärs oder des Technischen Hilfswerks. Das ging auch in Japan.

Warum kam es in Fukushima dann dennoch zum Unglück?

Das Problem war der Druck im Reaktor. Feuerlöschpumpen sind Niederdruckpumpen. In einem Reaktorbehälter herrscht aber ein hoher Druck: 70 bar und mehr. Folglich muss Dampf abgelassen und so der Druck abgesenkt werden, bevor Niederdruckpumpen überhaupt Wasser in den Kessel einbringen können. Die dazu erforderlichen Druckablassventile konnten in Fukushima nur elektrisch betätigt werden. Weil aber der Strom ausgefallen war, funktionierte das Ganze nicht. In der Schweiz und in Deutschland ist für so einen Notfall auch eine Handbedienung möglich.

Es sollen also nur an ein paar Ventilen Handräder für den manuellen Notbetrieb gefehlt haben? Deshalb kam es zu einem Unglück, das halb Japan bedroht hat?

Im Prinzip ja. Fukushima I ist vor allem deshalb havariert, weil in der entscheidenden Phase Ventile festsaßen. Trotzdem muss ich gegen die Frage freundschaftlich protestieren!

Warum?

Weil sie die Behauptung enthält, es sei „halb Japan bedroht“ worden. In der Präfektur Fukushima wurde ein Gebiet evakuiert, das lediglich so groß ist wie ein kleinerer deutscher Landkreis. Und ein großer Teil dieses Gebietes hätte schon Mitte letzten Jahres wieder freigegeben werden können, weil dort die Strahlung nicht besonders hoch war. Weder in der Bevölkerung, noch unter den Ingenieuren und Arbeitern in dem havarierten Kraftwerk ist auch nur ein Mensch ernsthaft durch Strahlung zu Schaden gekommen. Trotz vier gleichzeitig havariierter Reaktoren waren die Strahlungsdosen nicht lebensbedrohlich hoch.

Was bedeutet das in der Konsequenz für Deutschland? Immerhin fußt ja auf den Ereignissen in Fukushima eine energiepolitische Kehrtwende.

Es bedeutet, dass hier bei uns ein verhängnisvoller Fehler begangen wurde. Wie ja



Foto: Bettina F. / pixelio.de

Windkraftanlagen arbeiten nur bei angemessener Windstärke.

auch schon in dem Beitrag von Günter Keil in der Ausgabe 3/2012 dieser Zeitschrift beleuchtet wurde, ist die sogenannte Energie-wende mehr als fragwürdig. Im Mittelpunkt steht die Abschaltung der Kernkraftwerke. Die Abschaltung wurde damit begründet, dass die Kernenergie ein „Restrisiko“ beinhalte und die Bevölkerung gefährde, was ethisch unverantwortlich sei. Tatsächlich beweist Fukushima das genaue Gegenteil: dass nämlich auch unter extremen Bedingungen selbst eine Havarie von vier Leichtwasserreaktoren – der auch bei uns verwendeten Bauart – nicht das Gefährdungspotenzial bietet, die Bevölkerung oder auch nur die Belegschaft durch Strahlung gesundheitlich zu schädigen.

Sie plädieren also für einen Ausstieg aus dem Atomausstieg?

Nicht nur das: Wenn es nach mir ginge, wären die zwangstillgelegten acht Kernkraftwerke längst wieder am Netz. Das wäre schon aus Gründen der Schadensminimierung dringend geboten.

Schadensminimierung, um die Stromkosten nicht noch weiter in die Höhe gehen zu lassen?

Ja, auch. Aber ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinaus: Die Frage, ob der von oben verordnete Atomausstieg überhaupt mit unserer verfassungsmäßigen Grundordnung vereinbar ist. Unser Grundgesetz schützt das Eigentum. Der Staat darf es also nicht einfach wegnehmen oder umverteilen. Das Wesen des Eigentums an einer Industrieanlage besteht aber in der Möglichkeit, diese zu betreiben und Erträge zu erzielen. Wird der Betrieb durch den Staat unter-

bunden, ist es Enteignung, und zwar unabhängig davon, ob das Grundstück weiterhin im Grundbuch dem jeweiligen Energieversorger zugeordnet bleibt. Eine solche Enteignung ist aber nach Art. 14 Abs. 3 GG nur zulässig, wenn im Enteignungsgesetz selbst die Art und Höhe der Entschädigung geregelt ist. Im Atomgesetz fehlt aber die Entschädigungsklausel. Ich gehe daher davon aus, dass dem von den Energieversorgern angerufenen Bundesverfassungsgericht nichts anderes übrig bleiben wird, als den Atomausstieg für verfassungswidrig zu erklären. Dann dürfte ein zweistelliger Milliardenbetrag an Schadenersatz fällig werden. Den werden dann wohl wieder wir Steuerzahler aufbringen müssen.

Was wäre, wenn nun tatsächlich der Atomausstieg wieder zurückgenommen würde – was würde dann aus den „ambitionierten Zielen“ der Bundesregierung? Und was wird aus den „erneuerbaren Energien“?

Schon der Begriff „erneuerbare Energien“ ist physikalischer Nonsense und beinhaltet eine bewusste Irreführung. Energie ist niemals erneuerbar. Wenn man für Windräder- und Solardächer unbedingt einen Oberbegriff bilden will, sollte man sie „Kleinanlagen mit Zufallsleistung“ nennen. Das träfe genau den Punkt!

Die Bundesregierung will bis 2050 achtzig Prozent der elektrischen Energie in...

...in „Kleinanlagen mit Zufallsleistung“ erzeugen – genau! Ja, das behauptet sie. Aber das ist physikalischer und energiewirtschaftlicher Unsinn: Damit ein Stromnetz technisch korrekt funktioniert, muss ein

Energieversorger seinen Kunden in jeder Sekunde genau die Leistung im Netz anbieten, die diese gemeinsam gerade entnehmen wollen. Zusätzlich braucht er eine Reserve von vielleicht 20 Prozent, die dann einspringt, wenn eine höhere Nachfrage auftritt oder eines seiner Kraftwerke ausfällt.

Denken wir uns nun zunächst einmal alle Windparks weg. Dann würden Kohle- und Kernkraftwerke disponiert, Talsperren, dazu ein paar Pumpspeicher- und Gaskraftwerke für die Spitzenlast.

Jetzt ändern wir das Szenario und nehmen an, es gäbe überall Windparks und deren Nominalleistung, also die maximale Leistung bei optimaler Drehzahl, würde den gesamten erwarteten Verbrauch gerade abdecken. Könnte man jetzt den übrigen Kraftwerkspark abschalten – die Belegschaften entlassen? Nein – keineswegs! Möglicherweise weht morgen kein Wind – vielleicht weht er ein bisschen – oder vielleicht gibt es Sturm. Dreht sich ein Windrotor mit Idealgeschwindigkeit – bei Windstärke sieben – bekommen wir 100 Prozent Leistung. Ist der Wind schwächer und dreht sich der Rotor nur halb so schnell, kommt eine elektrische Leistung von nur einem Achtel dabei heraus, also gut zwölf Prozent. Ist der Wind etwas stärker – Stärke acht – geraten die Anlagen in Gefahr und müssen abgestellt werden: Die Ausbeute beträgt dann null Prozent! Meteorologen werden bei entsprechender Großwetterlage voraussagen können, ob am nächsten Tag Flaute oder starker Wind herrschen wird. Sie werden aber kaum darauf wetten wollen, ob es im letzteren Fall Stärke sieben oder acht wird.

Und dennoch werden immer noch weitere Windparks gebaut.

Das ist das Verblüffende: Die Windkraftanlagen bringen absolut nichts! Derzeit haben wir in Deutschland etwa 23.000 Windräder, und wir haben in jedem Jahr etliche Tage, in denen alle 23.000 zusammen überhaupt keine Leistung bringen. Nun stellen Sie sich vor, es würden weitere 23.000 Anlagen aufgestellt. Dann hätten Sie an den Flaute-Tagen trotzdem null Watt Leistung und benötigten immer noch den kompletten konventionellen Kraftwerkspark. Aber an den Tagen mit Windstärke sieben würden uns die schon jetzt überlasteten Netze wegglücken. Der Aufwand für Einspeisevergütungen würde sich verdoppeln und der Strompreis weiter ansteigen.

Was halten Sie von Offshore-Windparks, etwa in der Nordsee? Und von den geplanten „Stromautobahnen“?

Für die gilt das Vorgenannte in gleicher Weise. An der Küste haben wir zwar weniger Tage mit Flaute, aber wir haben Tage mit Flaute. Daher schafft auch ein Verbund von Land- und Meereswindparks keine planbare Leistung. Es ist Augenwischerei, wenn jetzt so getan wird, als müsse man nur weitere Milliardenbeträge in den Netzausbau versenken und schon würde die Windenergie brauchbar. Für den Betrieb eines Stromnetzes bleibt sie unbrauchbar in alle Zukunft. Und die oft beschworenen „Stromspeicher“ sind bis auf Weiteres reine Phantasiegebilde.

Ihr Fazit ist also, wir bräuchten eine neue „Energiewende“: weg von der Windkraft?

Ich erinnere noch einmal an mein Eröffnungsstatement: Der Benchmark für die Energiepolitik Deutschlands sind die Strompreise in Texas, also etwa sieben oder acht Cent pro Kilowattstunde für den Bürger. Da müssen wir hin. Das geht aber nur, wenn wir in unseren Köpfen aufräumen, und zwar radikal und sofort. Wenn wir eine zuverlässige und billige Stromversorgung wollen, dann ist darin für grüne Utopien kein Platz.

Die „grünen Utopien“, auf die Sie sich beziehen, sind auch aus der Angst entstanden, die Menschheit sei von einem durch die Industrialisierung verursachten Klimawandel bedroht.

Wir haben ein Dogma vor uns, das mittlerweile zu einer Art Staatsreligion erhöht wurde – selbst Kindern im Kindergarten wird das schon eingetrichtert. Und der vorgebliche „Klimaschutz“ treibt die Energiepreise in die Höhe! Deshalb müssen wir auf den Kern der Dinge schauen. Der Kern der Dinge liegt in der Behauptung, dass CO₂ die Erde natürlicherweise wärmt und dass daher ein etwas höherer CO₂-Anteil in der Luft die Erde noch mehr wärmt.

Aber dieser Kern des CO₂-Treibhausdogmas ist in der Wissenschaft längst widerlegt. Falls das stimmt, bricht aber der ganze darauf aufgebaute Turm aus Hypothesen und Spekulationen wie ein Kartenhaus in sich zusammen – Computermodelle, rot eingefärbte Weltkarten, endlose Mutmaßungen über angeblich apokalyptische „Klimafolgen“. Das alles wäre dann Abfall für den „Müllhaufen der Geschichte“! Interessanterweise sind es Wissenschaftler aus Deutschland, die die wichtigsten Hypothesen der sogenannten Klimaforscher falsifizieren konnten.

Was sind deren Argumente?

Es gibt eine ganze Reihe, aber ich beschränke mich hier auf zwei, die auch ein Nichtfachmann schnell versteht. Das erste:

CO₂ und die anderen angeblichen Treibhausgase haben paradoxerweise die Funktion, dass sie – ingenieurtechnisch gesprochen – die Atmosphäre kühlen. Denn sie sind es, die dauernd Energie ins Weltall abstrahlen. 70 Prozent der Kühlung ist ihnen zuzuordnen. Wenn aber im Wesentlichen sie die Atmosphäre kühlen, können sie nicht gleichzeitig die Erde wärmen.

Das zweite Argument ist, dass diese erwähnte Kühlung der Erde durch Abstrahlung ins Weltall nun abhängig ist von der Temperatur der Materie, von der die Abstrahlung ausgeht. Aus unserem Haushalt wissen wir, dass heiße Gegenstände, wie etwa ein Herd oder ein Gartengrill, viel mehr Wärme abstrahlen als kalte. Für die Erde als Ganzes gilt das auch.

Nehmen wir also an, es hätte eine „Erdewärmung“ stattgefunden, und überall am Boden und auch in der Atmosphäre wäre es um zum Beispiel zwei Grad wärmer geworden. Dann wäre damit natürlich auch diejenige Materie wärmer geworden, deren Strahlung das Weltall erreicht. Dadurch würde aber die „Kühlleistung“ der Erde ansteigen, und zwar um etwa drei Prozent. Hatten wir vorher ein Fließgleichgewicht mit 100 Prozent Heizleistung und 100 Prozent Kühlleistung, stünde nach dem Temperaturanstieg die Kühlung auf 103 Prozent des früheren Wertes. Es ist offensichtlich, dass dieser Zustand nur eintreten kann, wenn zuvor die Heizleistung ebenfalls auf 103 Prozent steigt.

Diese zusätzlichen drei Prozent Heizleistung müssten von der Sonne kommen, zum Beispiel durch einen Rückgang der Bewölkung. Die CO₂-Klimakatastrophe scheitert also schlicht und ergreifend daran, dass die zur Kompensation der erhöhten Abstrahlung benötigte erhöhte Energiezuführung nicht stattfindet.

Ihre Reports schließen Sie immer mit einem Abschnitt „Empfehlungen“. Vor dem Hintergrund des Gesagten – was ist Ihre Empfehlung zur Energiepolitik, die Sie den liberalen Kommunalpolitikern mitgeben möchten?

Mein genereller Rat wäre der: Besinnen Sie sich auf Ihre ursprünglichen freiheitlichen Ideale! Die Leitidee der Liberalen war einst die Rettung des Bürgers vor zu viel Staat. Die „von oben“ geschürten Öko-Ängste sind aber gerade ein Vorwand, die Freiheit des Bürgers zu untergraben, seine Wertschöpfung zu stehlen und seinen Wohlstand zu gefährden. Wer in der Politik die Freiheit schützen will, muss „Nein“ sagen können. Das Wort „Nein“ habe ich bei den Liberalen zu selten gehört. ■